

II- 526 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XII. Gesetzgebungsperiode



Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

242 / A. B.
zu 206 / J.
Präs. am 4. Sep. 1970

Zl. 15.965-PrM/70

3. September 1970

Parlamentarische Anfrage Nr. 206/J
an den Bundeskanzler, betreffend
Aussprache von Mitgliedern der
Bundesregierung mit Vertretern
von Jugendorganisationen

An den

Präsidenten des Nationalrates

1010 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. KÖNIG, WEBENIG und Genossen haben am 3. Juli 1970 unter der Nr. 206/J an mich eine Anfrage, betreffend Aussprache von Mitgliedern der Bundesregierung mit Vertretern von Jugendorganisationen, gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

"Herr Bundeskanzler, welche konkreten Ergebnisse hat die am 27. Mai 1970 stattgehabte Aussprache von Mitgliedern der Bundesregierung mit den Vertretern der Jugendorganisationen, Studentenorganisationen, namhaften Publizisten sowie anderen Repräsentanten der jungen Generation, zu der Sie zwecks Lösung der die Jugend in erster Linie interessierenden Probleme eingeladen haben, gezeitigt?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Die Aussprache hatte den Zweck, den Gedankenaustausch zwischen Vertretern der jungen Generation und der Bundesregierung zu intensivieren. Viele der bei diesem gemachten Anregungen wurden von den Mitgliedern der Bundesregierung aufgenommen. Ich selbst habe einen Vorschlag des Mittelschüler-Kartellverbandes aufgegriffen

./.

- 2 -

und zugesagt, zu prüfen, inwieweit Vertreter der jungen Generation bei der Begutachtung der sie betreffenden Gesetze herangezogen werden können. Weitere Ergebnisse waren:

die Zusage, zu untersuchen, wie die Bestimmungen über die Herausgabe von Schülerzeitungen in einer realistischen Weise reformiert werden können;

die Zusage des Bundesministers für Bauten und Technik, nach Möglichkeiten zu suchen, bei der Wohnbauförderung auf die Besonderheiten von Jugendheimen mit ihren Gemeinschaftsräumen und dergleichen besonders Bedacht zu nehmen;

die Zusage, die Frage der Herabsetzung des Volljährigkeitsalters auf breitester Ebene zu beraten, um zu einer ehesten Lösung dieses Problems zu gelangen, etc.

Diese Art des Meinungsaustausches wurde von den Teilnehmern an der Aussprache als nützlich erachtet. Dies geht unter anderem daraus hervor, daß am 4. Juli 1970 eine ähnliche Konferenz organisiert wurde, bei der der Bundesminister für Unterricht mit Vertretern der Jugend über Bildungsprobleme sprach.

Eine weitere Konferenz im Herbst wird die Landesverteidigung zum Thema haben.

